



Der Stadtrat behandelte an seiner Sitzung vom 27. November 2017 folgende Geschäfte und fasste die nachstehenden Beschlüsse:

1. Das Projekt Rindermatte, Wydenbach: Massnahme zum Hochwasserschutz (Bau Rückhaltebecken mit gedrosseltem Abfluss), sowie der Wasserbauplan wurden genehmigt und der Investitionskredit wurde bewilligt.
2. Von der Berichterstattung zum Postulat Colicchio Umberto (BDP) vom 17. August 2015: Ersatz von Heizungsanlagen in städtischen Gebäuden (erheblich erklärt am 25. Januar 2016) wurde Kenntnis genommen. Das Postulat wurde gemäss Art. 35 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates vom Protokoll des Stadtrates abgeschrieben.
3. Die Motion Steiner-Brütsch Daniel (EVP) und Mitunterzeichnende vom 26. Juni 2017: Pilotprojekt für Schulsozialarbeit wurde zurückgezogen.¹
4. Das Postulat Greber Beatrice, Köhli Samuel (beide SP) und Mitunterzeichnende vom 11. September 2017: Recycling von Kunststoffen wurde erheblich erklärt. Von der Berichterstattung des Gemeinderates wurde Kenntnis genommen und das Postulat gemäss Art. 35 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates vom Protokoll des Stadtrates abgeschrieben.
5. Die Interpellation Köhli Samuel (SP) vom 11. September 2017: Umsetzung der Verordnung über die Begriffe und Messweisen im Bauwesen (BMBV) und den dazu notwendigen Anpassungen im Baureglement wurde beantwortet.
6. Die Interpellation Loser Roland (SP) und Mitunterzeichnende vom 11. September 2017: Onlineverfügbarkeit von Budget- und Rechnungszahlen sowie Steuerstatistiken wurde beantwortet.
7. Die Einfache Anfrage von Dietrich Pascal (FDP) vom 11. September 2017: Ungewöhnlich späte Einforderung von Anschlussgebühren und deswegen getroffene Massnahmen wurde beantwortet.
8. Im Rahmen der Mitteilungen des Gemeinderates stellte sich Herr Thomas Eggler, ab 1. Januar 2018 Vorsteher des Sozialamtes, vor.
9. 3 Parlamentarische Vorstösse wurden eingereicht:
 - Überparteiliche Motion der FDP/jll-Fraktion, der SVP-Fraktion und der EVP/glp-Fraktion vom 27. November 2017: Entlastung der Lehrpersonen
 - Postulat der SP/GL-Fraktion vom 27. November 2017: Umsetzung des Masterplans Arbeitsintegration in Langenthal
 - Interpellation Dietrich Pascal (FDP) vom 27. November 2017: Revitalisierung der Fliessgewässer in Langenthal und die Umsetzung des Postulats "Wasserstadt"

Rechtsmittelbelehrung

Gegen die vorgenannten Beschlüsse kann gemäss Art. 60 ff. des Verwaltungsrechtspflegegesetzes vom 23. Mai 1989 innert 30 Tagen seit der Veröffentlichung des Stadtratsbeschlusses, das heisst bis am 3. Januar 2018, beim Regierungsstatthalteramt Oberaargau, Schloss, Postfach 175, 3380 Wangen a. Aare, schriftlich und begründet Beschwerde erhoben werden.

Langenthal, 28. November 2017

STADTRAT LANGENTHAL

Die Sekretärin:

Janine Jauner

¹ Aufgeschobene Beratung gemäss Stadtratsbeschluss vom 23. Oktober 2017, Traktandum Nr. 4